

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146  
Bezirksanzeiger

Wochenblatt  
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Verleger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Roffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm  
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf., Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/2 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt  
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhirsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedebors, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Föhrer's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 230

Mittwoch, den 2. Oktober 1929

81. Jahrgang

## Vertilge und sächsische Angelegenheiten

### Herbstwetter?

Der Regen, der in verschiedenen Gegenden des Reiches  
eingefegt hat, soll, wie die Deffentliche Wetterdienststelle  
Berlin erklärt, der Übergang zu regnerischem, kühlem Herbst-  
wetter sein. Kühle Luftmassen, die von England nach dem  
Osten strömen, haben Deutschland erreicht und dringen bis  
tief nach dem Süden vor. Das herbstliche Wetter werden  
Ost- und Süddeutschland haben, da sie im Zentrum der kühlen  
Luftzone liegen. Die Temperaturen werden mit durchschnittlich  
17 Grad angegeben. Sie fallen aber nach Ansicht der  
Deffentlichen Wetterdienststelle nur 14 bis 15 Grad erreichen.

(Der Monat Oktober.) Wenn einmal der  
Oktober da ist, dann eilt das Jahr mit Riesenschritten ab-  
wärts. Schöne Oktobertage bringen das letzte Neiglein  
Sonnengold, das im Becher des Jahres für uns sunkeht.  
Während der Landmann auf den Feldern Kartoffeln, Kraut  
und Rüben als die letzten Früchte des Wachstums ein-  
heimst und der Ackerfurcher die Kornsaat für das neue Jahr  
anvertraut, geht in den Weingegenden mit frühlichem Drum  
und Dran die Weinlese vor sich und in den Obstgärten  
werden schmackhaft ausgereifte Äpfel und wohlriechende  
Birnen von den fruchtschweren Bäumen genommen. In den  
Gärten leuchten die letzten Blumen, bis der Reif sie knickt,  
und über die Buchen hin brennt und flammt, funkt und  
leuchtet der lohende Farbenbrand des Herbstes. Es ist das  
letzte Aufjauchzen, die letzte stimmberedte Symphonie vor  
dem Vergehen. Nur zu schnell ist das Kirchweihfest, das  
dem Oktober sein jahreszeitliches Gepräge gibt, gekommen,  
und dann führt der Weg immer tiefer hinein in kurze, son-  
nenarme Tage und endlos lange Nächte. Wollte anberthalt  
Stunden Tageslicht raubt uns schon der Oktober, in dessen  
herbstlicher Melancholie sonst noch so manche heitere Note  
eingeflochten ist. Nun tritt der Abend, die Häuslichkeit, die  
Familie wieder in ihre Rechte. Wohl denen, die dies Be-  
hagen auch in unserer Zeit zu schätzen wissen!

(Gründung eines Sächsischen Jagd-  
pächterbundes.) Im August wurde in Dresden ein  
Sächsischer Jagdpächterbund mit dem Sitz in Dresden ge-  
gründet. Der Zweck des Vereins ist: Zusammenschluß der  
sächsischen Jagdpächter, Vertretung ihrer Interessen bei den  
Behörden, Gerichten und jagdlichen Organisationen, Unter-  
stützung der Mitglieder bei Jagdpachtungen, Vermittlung von  
zuverlässigen Jagdschuhbeamten, Nachweis von Jagdpachtver-  
ständigen, Rechtsberatung der Mitglieder, Schaffung einer  
staatlichen Vertretung der Jagdpächterinteressen. 1. Vor-  
sitzender ist Stadtrat a. D. Emil Ahlhelm, Johannegeorgen-  
allee 25, der Anmeldungen entgegennimmt.

Dresden. (Deutschrift über die Einheitsbewer-  
tung des landwirtschaftlichen Vermögens.) Der  
Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Deutschrift über die Ein-  
heitsbewertung des landwirtschaftlichen Vermögens und der zwangs-  
verkauften Grundstücke auf den 1. Januar 1928 übermittelt. Darin  
wird zusammenfassend festgestellt, daß keineswegs die Rede davon sein  
kann, daß die Einheitswerte willkürlich übermietet seien. Bei jeder  
Steuerbewertung, in der Millionen von Objekten erfasst werden, würden  
Fälle vorkommen, in denen die Anwendung der vorgeschriebenen Be-  
wertungsmaßstäbe zu gewissen Unzutrefflichkeiten führen. Es sei jedoch  
nicht zu rechtfertigen, wenn diese Fälle verallgemeinert würden und  
hieran die Forderung geknüpft werde, die ganze Bewertung auf neuer  
Grundlage zu revidieren. Die Gruppen von Fällen, in denen die  
Bewertung zu hoch erscheine, und deren Zahl gegenüber der Millionen-  
zahl der bewerteten Objekte unbedeutend ist, dürften nicht zu der For-  
derung führen, ein richtiges Bewertungssystem zu verlassen und, wie es  
z. B. mit dem Antrage, die Einheitswerte zu halbieren, geschehen sei,  
Steuerwerte festzusetzen, die zu den wirtschaftlichen Werten völlig im  
Widerspruch stehen und den Steuerpflichtigen selbst durchaus nicht  
immer erwünscht sind. Hierauf glaube die Reichsregierung auch gegen-  
über der Entscheidung hinweisen zu müssen, in der für die Landwirtschaft  
eine Herabsetzung der Vermögenssteuer auf Grund der festgestellten  
Einheitswerte zu unbilligen Härten führen könne. Die Finanzämter  
seien daher für diese Fälle zu einem „Entgegenkommen aus Billigkeits-  
gründen“ angewiesen worden.

Riesa. (Schwerer Verkehrsunfall.) Ein  
furchtbares Autounfall ereignete sich auf der Pauliner  
Straße von den Loren der Stadt. Auf bisher ungeklärte  
Weise fuhr das mit vier Personen besetzte Auto des

## Die Sozialreform bleibt stecken

Die Berliner Presse zur Krisenstimmung im Reichstag

### Der Reichskanzler als Vermittler.

Reichskanzler Müller legte am Dienstag vormittag  
den Fraktionsführern einen Vermittlungsvorschlag vor, der,  
wie es heißt, auch die Billigung des Außenministers fand.  
Der Kompromißvorschlag sah folgendermaßen aus: Das  
Hauptgesetz für die Abänderung der Arbeitslosenver-  
sicherung und die Bestimmung über die Verlängerung der  
Wartezeit sollten aus dem Sondergesetz, das die einschneiden-  
den Bestimmungen bringt, herausgenommen und mit einem  
Vorschlag verbunden werden, der eine Verlängerung der  
Wartezeit, vor allem bei erstmaliger Arbeitslosigkeit, vor-  
sieht. Diese Verlängerung der Wartezeit sollte von den Re-  
gierungsparteien beschlossen werden. Die Erhöhung  
der Beiträge, also der eigentliche Streitpunkt, sollte  
zurückgestellt werden. Es verlaudet, daß der  
Reichskanzler vorgeschlagen habe, daß sich die hinter der  
Regierung stehenden Fraktionen verpflichten sollten, die  
Beitragserhöhung nach der Erledigung des  
Young-Plans in Verbindung mit der Finanzreform  
anzunehmen. — Viele Vorschläge des Kanzlers waren Gegen-  
stand mehrstündiger Beratungen der Fraktionen.

Nachdem die Deutsche Volkspartei den Kompromißvor-  
schlag des Reichskanzlers in seiner ursprünglichen Form ab-  
gelehnt hatte, griff der Reichskanzler zu dem Ausweg der  
Auslegung. Die Deutsche Volkspartei soll an eine Beitrags-  
erhöhung nicht gebunden sein, und vorläufig sollen nur  
einige nebenwichtige Reformen in der Arbeitslosenver-  
sicherung angenommen werden, im übrigen soll

das ganze Problem auf zwei Monate vertagt werden.

Am Dienstagnachmittag fanden noch fortlaufend Be-  
sprechungen mit den Führern der Regierungsparteien statt,  
um im einzelnen das Kompromiß festzulegen.

Der Verzug der Reform der Arbeitslosenversicherung ist  
also stecken geblieben. Die Kasse der Reichs ist für weitere  
Monate mit den Verpflichtungen für die Arbeitslosenver-  
sicherung belastet. Man glaubt nun auch nicht mehr an eine  
Krisis der Regierung.

### Die Pläne zur Finanzreform.

Im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitslosenver-  
sicherungsreform werden bereits Pläne für die Finanzreform  
erörtert. Wenngleich diese Pläne vorerst noch in der Theorie  
bestehen, so nehmen sie doch schon bestimmte Richtung an. Es  
verlaudet, daß die Regierungsparteien eine Senkung der  
Einkommensteuer insbesondere für die unteren Grup-  
pen durch die Erhöhung der steuerfreien Grenze vorzieht.  
Seit längerer Zeit werden auch Pläne über eine neue  
Form der Gemeindesteuer, über eine Getränke-  
steuer für die Gemeinden, über die Beseiti-  
gung oder gar Herabsetzung der Kapital-  
ertragsteuer und über verschiedene Monopolpläne  
erörtert.

Diesen Plänen stehen allerdings noch erhebliche Schwie-  
rigkeiten im Wege. So würde den Gemeinden im Falle der  
Senkung der Realsteuern irgendein Ersatz für ihre wesent-  
lichste Einnahmequelle geboten werden müssen. Dazu wird  
von gewisser Seite empfohlen, eine Gemeindegetränkesteuer  
einzuführen, die den Gemeinden hohe Einkünfte zusichern  
soll. — Alle Meldungen über die beabsichtigte Einfüh-  
rung eines Tabak- und Biermonopols eilen  
zum mindesten den Tatsachen weit voraus. — Letzten Endes  
sind ja all diese Entscheidungen von dem Young-Plan ab-  
hängig.

### Jubiläumssitzung des Reichstags vor leerem Hause.

100. Sitzung, Dienstag, den 1. Oktober.

Im Reichstag brachte Vizepräsident Esser dem Reichs-  
gericht, das sein 50. Jubiläum feiert, die herzlichsten Wünsche  
der deutschen Volksvertretung dar. Dann trat das Haus in die  
zweite Beratung der Vorlagen über die Arbeitslosenver-  
sicherungsreform ein. Als Berichterstatter sprach Abg. Riesen-  
zentr. zunächst über die Ausschlußverhandlungen.

Da die einzelnen Fraktionen Fraktionsitzungen einberufen  
hatten, um zu den neuen Vorschlägen des Reichskanzlers Stellung  
zu nehmen, war das Haus fast leer. Die Kommunisten verlang-  
ten darauf die Verbetragung des Reichsarbeitsministers. Mit den

Worten: „So wollen wir das Vakuum in ein Plenum verwan-  
deln“, setzte Vizepräsident Graef die Signalapparate in Be-  
wegung. Der Plenarsaal füllte sich rasch. Das kommunifische  
Begehren wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, die Sitzung zu  
vertagen.

Vor sich wieder leerendem Hause erklärte Abg. Jaeger  
(Soz.) nochmals den Willen seiner Partei, Mißbräuche in der  
Arbeitslosenversicherung zu beseitigen. Er richtete Angriffe  
gegen die Landwirtschaft, die lieber polnische Wanderarbeiter als  
erwerbslose Landarbeiter beschäftige.

Abg. Schumann (Leipzig (Komm.)) beschwerte sich über die  
Haltung einzelner Beamter in den Arbeitsämtern. Abg. Stöhr  
(Nafsoz.) warf den Sozialdemokraten vor, daß sie ein Stück des  
deutschen Volksvermögens nach dem anderen verhöferten.

Der Young-Plan müsse automatisch zu einem weiteren  
Abbau der Sozialpolitik führen.

Frau Arendsee (Komm.) griff die Nationalsozialisten an.  
Dr. Agena (Deutschnat.) betonte, man werde im Lande kein  
Verständnis dafür haben, daß die Reichstagsmehrheit in der  
Arbeitslosenfrage völlig verlage.

Abgeordneter Behrens (Deutschnat.) warf den Sozial-  
demokraten vor, sie hätten die Lage der Landarbeiter verschlechtert.  
Abg. Litke (Soz.) beschwerte sich, daß Kommunisten und Natio-  
nalsozialisten eine gemeinsame Front gegen die Sozialdemokratie  
bildeten. Im weiteren Verlauf seiner Rede mußte ein Tribünen-  
besucher, der ihm Beifall spendete, aus dem Hause entfernt werden.

Bei der nunmehr folgenden Beratung des besprochenen Gesetzes  
kam es zu

### Auseinandersetzungen zwischen der Rechtsopposition und der Regierung.

Graf Westarp erhob Einspruch gegen das bisher beliebte Ver-  
fahren. Die Regierung sage nichts, was eigentlich werden solle.  
Auch über die finanzielle Seite sei nichts bekannt geworden. Die  
Reichsstimme werde, wenn man die Krisenfürsorge einschleife, mit  
500 Millionen belastet. Seit Monaten rede man davon,  
daß man das Defizit beseitigen wolle. Hier zeige sich ein neues  
Vakuum. Graf Westarp forderte Auskunft vom Finanzminister,  
ob dieses Defizit von der Reichsstimme weiter getragen werden solle.  
Reichsfinanzminister Dr. Hilferding wies auf diese  
Anfrage aus. Er meinte, daß die finanziellen Wirkungen der  
Vorlage schon früher erläutert worden seien. Die Auswirkungen  
von Änderungsanträgen könne man erst — nach ihrer Annahme  
berechnen.

Graf Westarp erklärte demgegenüber, die Antwort des Reichs-  
finanzministers entspräche weder der Achtung, auf die der Reichs-  
tag Anspruch habe, noch den notwendigen Anforderungen an  
eine sachgemäße Auskunft. Er beantragte Aussetzung der Ber-  
handlungen, bis der Reichsfinanzminister in der Lage sei, Aus-  
kunft über die finanziellen Wirkungen der Änderungsanträge zu  
geben. Die Regierungsparteien lehnten diesen  
Antrag ab.

Als dann noch vom Präsidium einige Anträge bekanntgegeben  
wurden, die von der Weimarer Koalition gestellt worden waren,  
denen sich die Bayerische Volkspartei angeschlossen hatte, verlangte  
Graf Westarp im Hinblick auf die ungeklärte Sachlage erneut  
Vertagung. Das Haus beschloß demgemäß, so daß die Reichs-  
tagssitzung auf eine Stunde unterbrochen wurde.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet worden war, kam es zu

### Lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei.

Für das Zentrum ergriff der Abgeordnete Esser das Wort.  
Er beschäftigte sich einleitend mit den Rationalisierungsmaß-  
nahmen in der Industrie und mit dem Abbau von Arbeitern.  
Dann ging er auf die Erfahrungen, die man mit dem Gesetz  
gemacht habe, ein und meinte, daß das Gesetz nicht so schlecht  
sei wie die Menschen, die es gebrauchten. Das Gesetz sei  
in Ehrenmal der deutschen Sozialpolitik. Das Zentrum sei  
durch die Anträge der Deutschen Volkspartei überrascht. Unter  
großer Unruhe bei der Volkspartei schloß der Redner mit den  
Worten, daß sich solche Parteipolitik nicht rechtfertigen ließe. Ab-  
geordneter Sued (D. Vp.) entgegnete, daß unbedingt eine An-  
passung der Leistungen und Bedingungen der Reichsanstalt an  
die wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen müsse.

In den Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien  
und der Regierung erklärte sich die Zentrumsfraktion schließlich  
damit einverstanden, die Lösung der Arbeitslosenreform auf  
der Grundlage festzulegen, daß  
Hauptgesetz und Sondergesetz, soweit es vom Sozialpolitischen  
Ausschuß angenommen wurde, in ein Gesetz zusammengefaßt  
werden sollen. Von der einhalbpromtigen Beitragserhöhung  
soll Abstand genommen werden. Das Zentrum hat den

